



Giannis Miliós: „Wir wollen steuerpolitisch zu einem normalen europäischen Land werden.“

GIANNIS MILIÓS

„Syriza ist eine Anti-Schulden-Partei“

Der wirtschaftliche Berater der Linkspartei über das Reformprogramm der griechischen Regierung und den neuen Kampf gegen Steuerhinterziehung.

Am Freitag und Samstag wird Alexis Tsipras das wirtschafts- und sozialpolitische Sofortprogramm der neuen griechischen Regierung vorstellen. Giannis Miliós ist ein Architekt des wirtschaftspolitischen Wahlprogramms der linken Regierungspartei Syriza, das Tsipras' Prioritätenliste zugrunde liegen wird. Der Marxist und Professor für Politische Ökonomie an der Technischen Universität Athen versucht im Interview mit dem Handelsblatt Befürchtungen zu zerstreuen, ab jetzt kehre der Schlendrian zurück nach Athen und es würden Wahlgeschenke verteilt.

Herr Miliós, es gibt Gerüchte um einen Ringtausch: EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos könnte als griechischer Präsident vorgeschlagen werden, und Sie würden in Brüssel seinen Platz in der Kommission einnehmen. Ist da etwas dran? Wir müssen sehen, was der Minis-

terpräsident entscheidet. Wenn er mich für ein Amt vorschlägt, bin ich bereit, es anzunehmen.

Die griechische Regierung möchte Schuldenerleichterungen. Heißt das nicht bloß, dass sie Spielraum will, ihre Wahlversprechen mit neuen Schulden zu finanzieren?

Nein. Wir werden sehr vorsichtig vorgehen und unser Programm so umsetzen, dass keine neuen Schulden entstehen. Sie werden das sehen, wenn Alexis Tsipras am Freitag und Samstag darlegt, welche Prioritäten die Regierung kurzfristig setzen wird.

Die Botschaft hören wir wohl, aber warum sollen wir sie glauben?

Syriza ist eine Anti-Schulden-Partei. War sie schon immer. Wir beziehungsweise unsere Vorläuferparteien waren seit Anfang der 2000er-Jahre die einzigen, die sich gegen die Schuldenmacherei aussprachen. Wir haben gewarnt, dass das nicht gut gehen wird. Wir wurden

als altmodisch belächelt. Das machen jetzt alle so, hieß es damals.

Sie sind Marxist und ein Architekt des Wirtschaftsprogramms der Syriza. Wie marxistisch ist dieses Programm?

Ich bin Marxist, weil mir diese Denkweise hilft, ökonomische Vorgänge zu verstehen. Was die Ursachen der Finanzkrise angeht, bietet der Marxismus dafür eine viel bessere Basis als das derzeit vorherrschende neoklassische Dogma. Aber unser Programm hat nichts Klassenkämpferisches oder Antikapitalistisches. Es ist für die ganz große Mehrheit der Griechen, für die 99 Prozent. Es soll Demokratie und soziale Kohäsion wiederherstellen. Soziale Marktwirtschaft ist eine gute Beschreibung dafür.

Ihren Anhängern und Wählern haben Sie aber einen radikalen Wandel versprochen.

Das Programm ist auch radikal, und zwar, weil es mit einer radikalen Po-

litik bricht. Es bricht mit einer Politik, die den Griechen immer wieder Wachstum und Arbeitsplätze versprochen und sie stattdessen in Depression und Massenarbeitslosigkeit gestürzt hat. Sie hat behauptet, Kürzungen der Staatsausgaben, Entlassungen und Privatisierungen würden helfen, das Schuldenproblem zu lösen. Stattdessen ist die Schuldenlast bezogen auf die geschrumpfte Wirtschaftskraft von 115 auf 175 Prozent einer Jahreswirtschaftsleistung gestiegen. Die vorherige Regierung hat die widersinnige Zusage gemacht, jedes Jahr einen Haushaltsüberschuss vor Zinszahlungen von 4,5 Prozent der Wirtschaftsleistung zu erzielen, um so zu tun, als könnte man so eine nicht tragbare Schuld abtragen. Sie hat die Wirtschaft ruiniert, um Geld in ein Fass ohne Boden zu werfen. Mit dieser radikalen Politik machen wir radikal Schluss.

Jetzt sorgen Sie aber erst einmal dafür, dass es weiter abwärtsgeht.



Wenn ein Land die Währungsunion verlassen muss, zerfällt die Währungsunion, egal wie klein das Land ist. Die Reaktion der Finanzmärkte ist unbeherrschbar. Das wäre wie ein neues Lehman Brothers im Quadrat.

Die Bankkunden ziehen ihr Geld ab, Unsicherheit regiert.

Es gibt hier keine Panik, im Gegenteil.

Sie haben in Ihrem Programm einen Schuldenerlass für überschuldete Kreditnehmer vorgeschlagen. Ruinieren Sie damit nicht die griechischen Banken?

Die Banken wurden rekapitalisiert und sind in gutem Zustand. Das soll auch unbedingt so bleiben. Wir werden nichts tun, was den Banken schadet, ohne vorher das Geld bereit zu haben, um Verluste nötigenfalls abzufedern. Unsere Pläne zur Schuldenrestrukturierung für insolvente Schuldner helfen ihnen eher, indem sie das Problem der uneinbringlichen Kredite angehen. Wir sagen den Leuten, die zahlen können: Ihr müsst eure Kredite bedienen. Denen, die dafür nicht genug Geld haben, sagen wir: Ihr müsst so viel zahlen wie ihr könnt, aber nicht mehr als 30 Prozent eures verfügbaren Einkommens. Wobei wir dieses Einkommen natürlich überprüfen müssen. Das ist besser für die Banken, als wenn sie den Offenbarungseid einfordern müssen und gar nichts mehr bekommen.

Sie wollen die Steuern für die Reichen und die Unternehmen erhöhen. Haben Sie keine Angst, dass sie flüchten?

Nein, wir wollen die Steuersätze nicht erhöhen. Da liegen wir international im Mittelfeld. Wo wir aber weit unten liegen, ist bei den effektiv gezahlten Steuern. Wir werden ungerechte oder willkürliche Sonderregeln beseitigen. Wir wollen die Steuern eintreiben und den grassierenden Schmuggel von Öl und Tabak beenden. Wir wollen steuerpolitisch zu einem normalen europäischen Land werden.

Steuern eintreiben versprochen die letzten Regierungen auch. Passiert ist kaum etwas.

Das stimmt. Sie wollten nicht. Es gibt eine Liste mit 55 000 Namen von Leuten, die in den letzten Jahren mehr als 100 000 Euro ins Ausland überwiesen haben. Bei 24 000 passt das nicht zu ihren Steuererklärungen. Nur 450 von diesen Fällen wurde nachgegangen. Die Liste ist da. Wir werden sie nutzen.

Um dann mit dem Geld den gerade verkleinerten Staatsapparat wieder aufzublähen?



Unser Programm hat nichts Klassenkämpferisches oder Antikapitalistisches. Es ist ein Programm für die ganz große Mehrheit der Griechen, für die 99 Prozent. Es geht darum, die Demokratie wiederherzustellen und wieder soziale Kohäsion zu erreichen. Soziale Marktwirtschaft ist eine gute Beschreibung dafür.

Das ist eine Unterstellung. Es gab kontraproduktive und sehr unfaire Entlassungen. Die überprüfen wir. Aber wir haben kein Interesse an einem aufgeblähten Staatssektor. Wir haben die Anzahl der Ministerien von 18 auf zehn reduziert. Das ist erst der Auftakt für eine Restrukturierung des gesamten öffentlichen Sektors in Richtung größere Effizienz.

Syriza hat Unterkunft für Obdachlose, kostenlosen Strom für Mittellose, Schulspeisungen, einen höheren Mindestlohn und einiges mehr versprochen. Was kostet das, und wie wollen Sie das bezahlen?

Über drei Jahre kosten die geplanten Maßnahmen aus dem Thessaloniki-Plan von 2013 insgesamt 11,4 Milliarden Euro. Schätzungen zufolge entgehen dem Staat durch Schmuggel und nicht gezahlte oder hinterzogene Steuern jedes Jahr zwölf Milliarden Euro. Wir wollen mindestens vier Milliarden Euro davon pro Jahr eintreiben. Wenn das gelingt, reicht das zur Finanzierung der Maßnahmen.

Wer hat den Schlüssel für die Lösung des Dramas: Brüssel, Berlin oder Frankfurt?

Die Europäische Zentralbank ist der Elefant im Raum. Sie kann die Krise beenden. Wenn sie uns behandeln würde wie Irland, würde das schon sehr viel helfen. Die irischen Banken wurden mit einem extrem langfristigen Kredit von der irischen Notenbank saniert, und die EZB hat sich nicht quergestellt.

Am Mittwoch hat die EZB aber beschlossen, Banken gegen Hinterlegung von griechischen Staatsan-

leihen keine normalen Euro-Kredite mehr zu geben, sondern nur noch Notkredite von der griechischen Zentralbank. Wenn die EZB die auch noch verbietet, bekommen Ihre Banken keinen Euro mehr, und Griechenland müsste wohl die Währungsunion verlassen. Das kann und wird die EZB nicht tun. Wenn ein Land die Währungsunion verlassen muss, zerfällt die Währungsunion, egal wie klein das

Land ist. Die Reaktion der Finanzmärkte wäre nicht beherrschbar. Das wäre wie ein neues Lehman Brothers im Quadrat. Die Wahrheit ist: Wir sind aufeinander angewiesen. Wir sind keine Gegner, wir sind Partner.

Ist ein Austritt nicht doch verkraftbar, wenn die EZB verhindert, dass es über die Anleihemärkte nicht zu einer Ansteckung kommt?

Das ist illusorisch. Die Kapitalmärkte würden Instrumente finden, um auf den Austritt des nächsten Landes zu wetten oder sich dagegen abzusichern - was oft auf das Gleiche hinausläuft. Und welches Drohpotenzial hätte die EZB noch, wenn eine Regierung nicht mehr mitspielt? Sie könnte den Marktteilnehmern kaum erklären: Dieses zweite Land fliegt noch raus, danach aber keines mehr. Nein. Das lässt sich nicht beherrschen. Wir müssen uns einigen und zusammenarbeiten.

Was hält Sie in der Währungsunion?

Wir wollen keine massive Abwertung. Sie würde die Menschen är-

mer machen und vielen Unternehmen sehr schaden.

Wie soll sich Europa nach Ihren Vorstellungen entwickeln?

Wir stellen uns eine verstärkte wirtschaftliche und politische Integration vor, aber nach dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft wie unter Willy Brandt oder Helmut Kohl, nicht nach dem Modell Margaret Thatchers. Deutschland ging seit der Wiedervereinigung in die Thatcher-Richtung. Das hat Deutschland nicht gutgetan.

Wie bitte? Der deutschen Wirtschaft geht es doch blendend.

Der deutschen Bevölkerung geht es trotz der vielen Exporte in der Breite nicht besser als früher. Außerdem ist es unmöglich, dass andere Länder wie die USA oder der Rest von Europa dem deutschen Modell folgen. Wer sollte die Güter abnehmen, wenn alle so hohe Exportüberschüsse haben wollten?

Herr Miliós, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte **Norbert Häring**.

ANZEIGE

GET A NEW PERSPECTIVE ON BUSINESS AND POLITICS.

EUROPE'S DIGITAL BUSINESS DAILY. MADE IN GERMANY.

TRY 14 DAYS FOR FREE.

AVAILABLE IN APP STORES AND AT HANDELSBLATTGLOBAL.COM

Now on iTunes

Handelsblatt GLOBAL EDITION

Substance matters.

VITA GIANNIS MILIÓS

Hochschulkarriere Giannis Miliós, geboren 1952, hat in Osnabrück studiert und zwei Dokortitel erworben. Er unterrichtet Politische Ökonomie und Ingenieurwesen in Athen. Auch Ministerpräsident Alexis Tsipras hat Kurse in Ingenieurwesen bei ihm belegt. Der frühere Ministerpräsident Giorgos Papandreou und einige weitere griechische Politiker und spätere Bankvorstände waren in einer Klasse mit ihm in einer elitären griechisch-amerikanischen Schule in Athen.

Marxismus Während die meisten seiner Klassenkameraden

nach Großbritannien oder in die USA gingen, um dort zu studieren, ging Miliós, der damals schon links eingestellt war, nach seinem Schulabschluss 1971 nach Deutschland. Aus der Ferne erlebte er als Student mit, wie seine Kommilitonen von der Technischen Universität Athen, an der er heute lehrt, 1973 mit einem Aufstand den Sturz der Militärjunta einleiteten. Die verhasste Militärregierung trug maßgeblich dazu bei, dass Giannis Miliós sich dem Marxismus zuwandte - der französischen Ausrichtung, wie er immer betont.